

Vogtletter

In dieser Ausgabe:

Auf Seite 2 sind die Auswirkungen der **Haushalts-sperre beim Marktanzreizprogramm** und die jüngste **Steuerschätzung** Thema.

Im Kommentar von Rolf Schwanitz auf Seite 2 geht es um das **Verhalten der Bundeskanzlerin bei der Griechenlandhilfe**.

Auf Seite 3 **trifft das Vogtland Sigmar Gabriel**. Außerdem wird über die Bundestagsdebatte zur **Steuerfreiheit der Zuschläge** berichtet.

Auf der letzten Seite werden die jüngsten Äußerungen zur **Zukunft der Studienakademie Plauen** unter die Lupe genommen. Daneben wird auf die **Kürzungen bei der Förderung von Solarstrom** eingegangen.

Kurz gemeldet

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert in einem Antrag eine umfassende Minimierungsstrategie und ein Sofortprogramm zur Senkung der Treibhausgasemissionen der Landwirtschaft. Dazu soll es u.a. eine flächendeckende Genehmigungspflicht für jeglichen Umbruch von Grünland und ein generelles Umbruchverbot an bestimmten Standorten geben. Außerdem ist die Düngerverordnung zu verschärfen und die Stickstoffüberschüsse auf 50 kg N/ha zu begrenzen.

SPD fordert Hilfe für Griechenland, faire Lastenverteilung und Vorsorge

In dieser Woche waren die Debatten im Bundestag von der geplanten Hilfe für Griechenland geprägt. Die SPD-Bundestagsfraktion hat deutlich gemacht, dass sie das internationale Rettungspaket für Griechenland unterstützt. Diese Hilfe liegt unmittelbar auch im eigenen deutschen Interesse. Sie ist notwendig, um die Finanzmarktstabilität im Euroraum als Ganzes zu sichern und erheblichen Schaden von der Bundesrepublik Deutschland abzuwenden. Auch die Anstrengung, die den Menschen in Griechenland bevorsteht, ist gigantisch und verdient Respekt und Unterstützung. Damit Griechenland seine ehrgeizigen Ziele erreichen und zurück auf den Pfad nachhaltiger Haushalte gelangen kann, ist das Land aber in einem ersten Schritt auch auf Hilfen Europas und des IWF angewiesen.

Frisches Geld für Griechenland allein reicht jedoch nicht aus, damit Vertrauen zurückkehrt. "Ein Rettungspaket ist nur dann effektiv und nachhaltig, wenn dabei die Lasten gerecht verteilt, Vertrauen zurückgewonnen und solche Krisen in der Zukunft vermieden werden.", sagte der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dazu die Bundesregierung mit einem Entschließungsantrag aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um den Finanzsektor an der Finanzierung der Krisenkosten zu beteiligen. Dazu zählen insbesondere, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die Regulierung von Rating-Agenturen und die Gründung einer Europäischen Rating-Agentur, das Verbot von Leerverkäufen sowie spekulativer Geschäfte mit Kreditausfallversicherungen. Rechtlich durchsetzbare Kreditausfallversicherungen soll künftig nur noch abschließen und besitzen dürfen, wer tatsächlich Eigentümer der jeweiligen Kreditforderung ist. Wie zu erwarten, wurde dieser Antrag von CDU, CSU und FDP abgelehnt.



Jugendpresstettag der SPD-Bundestagsfraktion

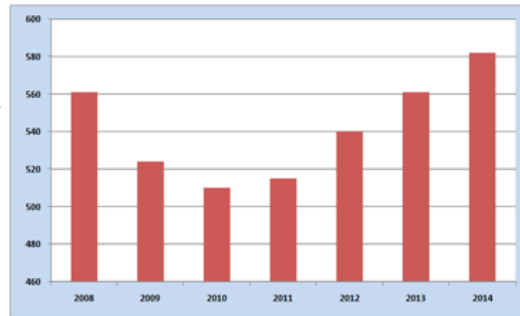
Vom 21. bis 23. April waren 75 junge Redakteure aus ganz Deutschland zu Gast bei den Jugendpresstetagen der SPD-Bundestagsfraktion. Die Jugendpresstetage fanden bereits zum neunten Mal statt. Die Jung-Journalisten hatten bei Pressegesprächen und Diskussionsrunden mit Bundestagsabgeordneten der SPD ausgiebig Gelegenheit zu kritischen Fragen und konnten ihre Wünsche und Erwartungen an die Politik formulieren. Auch der Besuch des ARD-Hauptstadtstudios bzw. des Studios des RBB, ein Gespräch mit Hauptstadtjournalisten und der Besuch einer Plenarsitzung standen auf dem Programm. Auf Einladung von Rolf Schwanitz mit dabei war diesmal Sascha Bittner, eine junge Redakteurin des Plauerer Schülerstadtmagazins "student.mag", die noch vor Beginn des offiziellen Programms von Schwanitz persönlich durch das Reichstagsgebäude geführt wurde.



Steuerschätzung zerstört FDP-Luftschloss

Bis 2014 werden gesamtstaatlich über 50 Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen anfallen als bisher geplant. Damit wird klar: die Taktik und Hoffnung der schwarz-gelben Regierungskoalition, ihre finanziellen Probleme durch Aussitzen zu lösen und auf wachsende Steuereinnahmen zu setzen, ist gescheitert. "Schwarz-gelb kann mit Geld einfach nicht umgehen.", stellte der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz fest. Die Anforderungen der Schuldenbremse, bis 2016 jedes Jahr 10 Mrd. Euro strukturell zu konsolidieren, waren bereits bislang sehr ehrgeizig und bedürfen harter Anstrengungen. Diese Konsolidierungsvorgaben werden nun durch die zusätzlich wegbrechenden Steuereinnahmen um mehr als 20

Mrd. Euro bis 2013 verschärft. Hinzu kommen zusätzliche Ausgabensteigerungen für steigende Zinsausgaben, die Erhöhung der Entwicklungshilfe und für Bildung und Forschung. Mit den vorliegenden Daten ist für Schwanitz klar, dass Bund, Länder und Kommunen vor historisch hohen strukturellen Defiziten stehen, deren Abbau außerordentliche Anstrengungen erfordert. "Die FDP muss ihre Steuersenkungsversprechen endlich kassieren!", fordert Schwanitz. Die Steuereinnahmen 2010 sind trotz einer Wachs-



Steuereinnahmen des Staates (in Mrd. €)

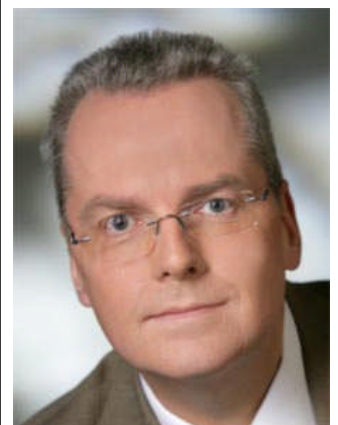
tumsrate von 1,4 Prozent rückläufig. Dies entlarvt die Steuerideologie der FDP, Haushaltskonsolidierung durch Wachstum zu erreichen. So verursacht das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz bis 2014 zwar fiskalische Kosten von über 40 Mrd. Euro, das Wachstum wird dadurch aber nur um 0,07 Prozent verbessert, wie der Sachverständigenrat feststellte.

Kurz kommentiert

Merkel hat Amtseid gebrochen

Als Merkel 2009 wieder Bundeskanzlerin wurde, hat sie vor dem Parlament einen Schwur abgelegt. Der wichtigste Satz dabei hieß, sie werde ihre Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren und Schaden von ihm wenden. Angela Merkel hat in dieser Woche ihren Amtseid zum dritten Mal gebrochen. Der erste Bruch war das Steuergesetz, mit dem sie trotz der leeren Kassen milliardenschwere Geschenke an reiche Erben und Hotelbesitzer verteilte. Der zweite Bruch fand kurz vor Ostern statt. Merkel brach die harten Regeln des Konjunkturprogramms und bezahlte damit den Preis an die Länder für deren Zustimmung zum Klientelgesetz. Das Timing war schlaue gewählt. Die Sache war kompliziert und die meisten Zeitungen berichteten drei Tage vor Ostern lieber über bunte Eier als über Merkels Untat. Mit ihrem Versagen in der Eurokrise bricht Merkel ihren Amtseid nun zum dritten Mal. Sie hatte in Brüssel den Hilfen für die Griechen längst zugestimmt und ließ sich zu Hause dennoch von der BILD als "Madame Non" feiern. Das brachte die Spekulanten erst richtig ins Spiel und wirkte an den Börsen wie ein Treibsatz. Der Steuerzahler muss nun die teure Zeche für den versuchten Wahlbetrug bezahlen. Merkel hat das Wohl der Deutschen in Gefahr gebracht. Sie hat Schaden nicht abgewendet, sondern massiv verstärkt. Deshalb muss NRW auch eine Abstimmung über Merkel werden.

Rolf Schwanitz



Aus für Förderprogramme gefährdet Arbeitsplätze

"Jetzt ist es amtlich! Das Bundesumweltministerium (BMU) hat bestätigt, dass durch die Haushaltssperre das Marktanreizprogramm und die Vorhaben der Klimaschutzinitiative sofort gestoppt werden müssen und die damit verbundenen Folgen für das Handwerk dargestellt. Damit sind meine schlimmsten Befürchtungen eingetroffen", sagte der SPD-Bundestagsabge-

ordnete Rolf Schwanitz. Konkret werden für Solar Kollektoren, Biomasseheizungen und Wärmepumpen keine Investitionszuschüsse mehr gewährt. Mit den Förderanträgen, die in diesem Jahr bereits eingegangen sind, sind die für 2010 noch zur Verfügung stehenden Fördermittel bereits aufgebraucht. Laut BMU werden ab sofort auch keine neuen Förderanträge mehr entgegen genommen. "Damit wird das Vertrauensverhältnis zwischen Handwerkern und Kunden zerstört", ist Schwanitz überzeugt. Er sagte: "Die Kunden haben ja im Vertrauen auf eine staatliche Förderung einen Auftrag erteilt und ihre Finanzierung

darauf ausgerichtet. Viele werden sauer sein, dass diese Zusagen nun nicht mehr gelten." Nach Aussage des BMU hat die Mittelsterrung auch Auswirkungen auf die Programme der Nationalen Klimaschutzinitiative. Das Förderprogramm für kleine Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung (Mini-KWK) und das Programm zur Förderung von Klimaschutzprojekten in Kommunen müssen sogar rückwirkend gestoppt werden, da schon mit den bereits bewilligten Anträgen das Budget für 2010 voll ausgeschöpft wird. Rückwirkend heißt, dass Anträge, die aus dem vergangenen Jahr vorliegen und noch nicht bewilligt worden sind, nicht mehr genehmigt werden. Fazit: Schwarzgelb lässt die Förderprogramme für erneuerbare Energien ausbluten und gefährdet bundesweit hunderttausende Jobs.



Schwarz-gelb streicht Investitionszuschüsse für Solarkollektoren

Steuerfreiheit der Zuschläge erhalten



Ende April debattierte der Deutsche Bundestag über die Steuerfreiheit der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit. Die SPD hat sich dabei für den uneingeschränkten Erhalt der Steuerfreiheit der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags und Nachtarbeit ausgesprochen. "Von

Schicht- und Wochenendarbeit Betroffene gehören zu den Leistungsträgerinnen und Leistungsträgern unserer Gesellschaft, die für ihren Einsatz nicht durch steuerliche Belastungen bestraft werden dürfen", erklärte der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz. CDU, CSU und FDP haben bei der Abstimmung im Bundestag dagegen ein klares Bekenntnis zur Steuerfreiheit der Zuschläge verweigert. Damit wird nach Ansicht von Schwanitz die unsoziale Schlagseite der schwarz-gelben Steuerpläne offenkundig. Während von der beabsichtigten Senkung der Einkommensteuer vor allem

Besserverdienende profitieren, sollen Arbeitnehmer bei Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit künftig mit zusätzlichen Steuern belastet werden. "Das ist Umverteilung von Unten nach Oben", kritisierte Schwanitz. Auch die Abgeordneten aus dem Vogtland Robert Hochbaum (CDU) und Joachim Günther (FDP) haben nicht für die Beibehaltung der steuerfreien Zuschläge gestimmt. Schwanitz fordert von CDU, CSU und FDP, den Bürgern jetzt endlich reinen Wein einzuschenken und klar zu sagen, ob sie die Steuerfreiheit der Zuschläge für Sonntags-, Feiertags und Nachtarbeit zur Gegenfinanzierung ihrer angekündigten Steuersenkungen streichen wollen.

Kurz gemeldet

Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik entsperrt

Aufgrund des Verhandlungserfolges der SPD im Zuge der Einigung mit der schwarz-gelben Regierungskoalition zur Reform der JobCenter wurden inzwischen die 900 Millionen Euro für Eingliederungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose vom Haushaltsausschuss entsperrt. Noch Anfang März hatte die SPD-Bundestagsfraktion dies vergeblich beantragt (der Vogtletter berichtete). Damit konnte ein drastischer Rückgang bei der aktiven Arbeitsmarktförderung in diesem Jahr abgewendet werden. Allerdings bleibt es vorerst bei der Kürzung um rund 430 Mio. Euro bei den Verpflichtungsermächtigungen. "Für die nächsten Jahre sieht es bei der Förderung von Langzeitarbeitslosen deshalb düster aus, wenn uns nicht gelingt, CDU, CSU und FDP noch zu überzeugen.", sagte der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz.

Vogtlandkreis streicht Hinweis auf tschechische Arbeitskräfte

Der Vogtlandkreis hat die von der SPD kritisierte Werbung mit Niedriglöhnen und den Hinweis auf das Arbeitskräftepotenzial aus Tschechien von seiner Internetseite genommen. In letzterem Fall war der Vogtlandkreis der einzige Landkreis in Sachsen, der mit diesem Hinweis um Investoren warb. Bei der letzten Kreistagssitzung war das Thema auf Antrag der SPD-Fraktion erneut behandelt worden. "Es ist eben nicht alles sozial, was Arbeit schafft.", kommentierte der vogtländische SPD-Unterbezirksvorsitzende Lutz Kätzel die Entscheidung des Landrats.

Das Vogtland trifft Sigmar Gabriel

von Sebastian Schäfer
Auf Einladung von Rolf Schwanitz fuhrn 50 politisch Interessierte aus dem Vogtland Ende März nach Berlin, wo gleich am ersten Tag das Bundesministerium für Gesundheit besucht wurde. Der nächsten Tag begann mit einer dreistündigen Stadtrundfahrt orientiert an politischen Punkten durch das sonnige Berlin. Nach dem Mittag folgte ein Besuch in der Parteizentrale der SPD, dem Willy-Brandt-Haus. Dort erläuterte eine Referentin die Geschichte und die Bauweise des Gebäudes. An der Skulptur von Willy Brandt erfuhren wir u.a., dass der etwas zerknittert anmutende Anzug darauf hindeutet, dass Willy Brandt ein Mensch und Politiker mit Ecken und Kanten war. Über die Geschichte der SPD informierte ein kleiner Film. Mit provokanten Thesen gelang es im Anschluss einem Mitarbeiter eine lebhaft Diskussion über die scheinbare



Gruppenfoto mit Rolf Schwanitz unter der Kuppel des Reichstagsgebäudes

Profillosigkeit politischer Parteien zu entfachen. Zweifelsohne ein Höhepunkt war das unerwartete Zusammentreffen mit dem SPD-Parteivorsitzenden Sigmar Gabriel, das wir gleich für ein kurzes Gespräch und eine "Autogrammstunde" nutzten. Danach ging es in die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen (ehem. Zentrale Untersuchungsanstalt der Stasi). Dort wurden wir von ehemaligen

Insassen durch die Zellen-trakte geführt und konnten so ein einprägsames Bild der Haftbedingungen gewinnen. Am letzten Tag ging es in den Deutschen Bundestag. Nach dem Besuch einer Plenarsitzung stand Rolf Schwanitz in einer angeregten Diskussion Rede und Antwort. Abschluss bildete die Besichtigung der Glaskuppel und der Dachterrasse bei herrlichem Sonnenschein.

Rolf Schwanitz MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030-22777937
Fax: 030-22776937
rolf.schwanitz@bundestag.de

Freiheitsstr. 13
08523 Plauen
Tel: 03741-134118
Fax: 03741-708483
rolf.schwanitz@wk.bundestag.de

**Sie finden mich auch
im Internet:**

www.rolf-schwanitz.de

Aus dem Terminkalender von Rolf Schwanitz:

11.5.2010, 19 Uhr, FES-Veranstaltung "Albtraum Atommüll" in Aue

17.5.2010, 19 Uhr, Landesgruppe Ost in Berlin

18.5.2010, 10 Uhr, SPD-Arbeitsgruppe Haushalt in Berlin

18.5.2010, 15 Uhr, SPD-Bundestagsfraktion in Berlin

19.5.2010, 14 Uhr, Haushaltsausschuss in Berlin

26.5.2010, 15 Uhr, Diskussion mit Besuchergruppe aus dem Vogtland in Berlin

27.5.2010, 18 Uhr, FES-Veranstaltung zur Gesundheitspolitik in Plauen

4.6.2010, 9 Uhr, Diskussion mit Schülern der Lessingrealschule in Greiz

Die nächsten Bürger-sprechstunden:

Zur Zeit finden die Sprechstunden von Rolf Schwanitz nur nach individueller Terminvereinbarung statt. Anmeldungen können telefonisch oder auf der Homepage von Rolf Schwanitz vorgenommen werden.

Freistaat setzt falsche Prioritäten bei Studienakademie

Anlässlich der jüngsten Äußerungen von Oberbürgermeister Oberdorfer, Landrat Dr. Lenk und Landtagsabgeordneten Heidan (CDU) zur Zukunft der Studienakademie Plauen erklärte der Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz (SPD): "Man sollte die Dinge klar benennen. Es hat einen Kurswechsel der neuen sächsischen Staatsregierung gegenüber der Studienakademie Plauen gegeben. Das darf ungeachtet des Parteibuches nicht verharmlost werden. Der Kurs der von CDU und FDP getragenen Staatsregierung gefährdet den weiteren Ausbau der Studienakademie in Plauen." Rolf Schwanitz wies darauf hin, dass in der früheren Zuständigkeit der Wissenschaftsministerin Stange (SPD) trotz aller Haushaltsprobleme der Ausbau der Studienakademie Plauen immer Priorität besaß. Wenn der Ausbau in Plauen nun, wie vom Landtagsabgeordneten Heidan (CDU) angekündigt, an einen neuen Hochschulbedarfsplan geknüpft wird, haben wir eine völlig neue Lage, so Schwanitz weiter. Der Ausbau der Studienakademie in Plauen bekommt so eine neue, viel schärfere Voraussetzung. Er hat nicht mehr Priorität. Der Standort Plauen wird stattdessen zunächst mit allen anderen Hochschulstandorten einer erneuten und gemeinsamen Bedarfsprüfung unterworfen. Erst im Blick auf die künftigen Bedarfe aller Studienplätze an Studienakademien, Fachhochschulen und Universitäten im Frei-

staat soll dann entschieden werden, ob es zum Ausbau in Plauen kommt, oder nicht. "Das ist eine klare Herabstufung der Ausbauentscheidung für Plauen auf der Prioritätenliste der Staatsregierung und darf nicht verharmlost werde", kommentiert Rolf Schwanitz diese Entwicklung. Schwanitz vermutet, dass diese neue Bedarfsprüfung der Wissenschaftsministerin vom Finanzminister aufs Auge gedrückt worden ist. Dass dieser neue Hürdenlauf für den Ausbau von Plauen aber von den vogtländischen Landtagsabgeordneten der Koalition so einfach, still und leise akzeptiert worden ist, so Schwanitz weiter, ist fahrlässig und eine erneute politische Enttäuschung. Der Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz leitet den im Jahre 2005 gegründeten Initiativkreis Studienakademie Plauen, der in den vergangenen fünf Jahren eine wichtige Unterstützungsarbeit für den Ausbau der Studienakademie Plauen geleistet hat.

Kurz gemeldet

Schwarz-Gelb kürzt Solarstromförderung

Die schwarz-gelbe Regierungskoalition hat drastische Kürzungen bei der Solarstromvergütung beschlossen. Dies zerstört nach Auffassung des vogtländischen SPD-Bundestagsabgeordneten Rolf Schwanitz nicht nur das Vertrauen bei Investoren, Handwerkern und Herstellern, sondern setzt auch die Vorreiterrolle der deutschen Solarbranche aufs Spiel. Deutschland droht somit im weltweiten Technologieren den Anschluss zu verlieren. "Die zusätzliche Einmalabsenkung der Vergütung von Solarstrom zwischen 11 und 16 Prozent sowie die verschärfte Degression zum Jahresbeginn werden große Teile der Solarindustrie vor unlösbare Herausforderungen stellen. Zehntausende Arbeitsplätze sind in Gefahr.", sagte Schwanitz. Völlig unverständlich und inakzeptabel ist für ihn auch der Ausschluss von Ackerflächen aus der EEG-Vergütung. "Es sollte Aufgabe der Kommunen sein, mit Blick auf die jeweiligen regionalen Strukturen über die Nutzung von Ackerflächen zu entscheiden.", so Schwanitz.



Campus Amtsberg: Die Plauener Studienakademie soll hier heimisch werden